

Protokoll des 23. bundesweiten Treffens am 12. April 08 in Aschersleben

Moderation: Pia Witte und Roland Klautke

Protokoll: Edgar Schu

Anwesend waren über 31 Personen aus Ahrensfelde, Aschersleben, Berlin, Dresden/Oberelbe, Finsterwalde, Fürstenwalde, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Höxter, Jüterbog, Karlsruhe, Leipzig, Könnern (Salzland/Sachsen-Anhalt), Staßfurt, Wittenberg und die Bundestagsabgeordnete Elke Reinke

1. Statt Vorstellung:

Die Anwesenden berichten kurz – eine Person pro Stadt -, welche Aktivitäten dort zur Zeit stattfinden.

Folgende Aktivitäten wurden genannt:

- Kampf um Sozialticket, nicht nur für eine Stadt, sondern auch regional, landes- und bundesweit,
- Kinderarmut, politische Arbeit für Schulesen und andere kommunale Leistungen,
- in vielen Städten werden gegenwärtig Begleitschutz-Initiativen aufgebaut,
- verschiedene Formen von sozialen Zentren, Stadtteilgenossenschaften, ...
- intensive Vernetzungsarbeit der Sozialproteste vor Ort mit Gewerkschaften und anderen Organisationen

2. Begleitschutz/Zahltag

Thema wird eröffnet durch ein Input von Pia Witte:

Am 22. Februar haben sich Vertreter verschiedener Organisationen bei der KOS in Berlin getroffen, um darüber zu beraten, wie der Aufbau von Begleitschutz bundesweit gemeinsam weiter betrieben werden kann. Es wurden Aufgaben verteilt.

Drei verschiedene Hilfsmittel sollen bald zur Verfügung stehen:

- Info für Betroffene
- Info für Multiplikatoren (etwas ausführlicher, verschiedene Aspekte und Ebenen auseinander halten)
- Plakate für öffentliche Werbung

Im Laufe der Diskussion wurde deutlich, dass Begleitschutz und auch die Möglichkeit von Aktionstagen wie Zahltag überall vor Ort unterschiedlich seien.

Drei Ebenen müssten unterschieden werden:

Die drei Ebenen sollten sein:

1. gegenseitige Begleitung als solidarische Verstärkung von Betroffenen untereinander mit dem Lernziel: Gemeinsam haben wir unmittelbaren Erfolg, Begleitung ist für mich bares Geld wert. Solidarität lohnt sich → Ziel: Bildung von örtlichen "Erwerbslosen-Selbsthilfeorganisationen"
2. Bei besonderer „Hartleibigkeit“ der(s) SachbearbeiterIn bei der ARGE/Jobcenter Begleitschutz mit mehreren (bis zu 10 Personen), um der Forderung etwas „Nachdruck“ zu verleihen. Jetzt kann auch durchaus mediale Unterstützung sinnvoll sein, um die wiederholte Ignoranz der Behörde öffentlich zu machen.
3. Wenn örtlich durch eine besonders negative ARGE erforderlich und die Leute vor Ort die nötige Traute haben, Aktionen nach dem Muster des Kölner „Zahltag“

„Fachleute/BeraterInnen stehen in allen drei Stufen **im Hintergrund** bereit, um **im Notfall** den Aktionisten mit Rat beiseite zu stehen.

Wichtig ist immer, dass ein solches Angebot auch vor Ort bekannt ist.

Begleitschutz im Rahmen von Aktionstagen wie z.B. in Köln sind dabei ein besonders vorbereitetes Ereignis innerhalb der Kampagne Begleitschutz. Die notwendigen kompetenten, rechtskundigen BeraterInnen sind vor Ort und gegenseitige Begleitung von Betroffenen in großer Zahl findet zeitgleich in der Behörde statt. Gelingt es dann auch noch, eine möglichst große Beteiligung der örtlichen und überörtlichen Medien sicherzustellen, ist der Erfolg garantiert. Dies wurde so auch schon mehrfach erfolgreich durchgezogen.

Außerdem wird der Ort des Schreckens, ARGE bzw. Jobcenter, durch das Ereignis eines Aktionstages wie dem Kölner Zahltag von den Menschen für eine Zeit lang in Besitz genommen und ihm so ein Stück des Angstpotentials genommen.

Es wurde betont, dass konkrete Hilfe im Einzelfall normalerweise nicht mit politischer Öffentlichkeitsarbeit vermischt werden sollte, weil die Gefahr doch recht groß ist, dass diese dann auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen wird. Menschen in das Feuer der öffentlichen Berichterstattung gleichgeschalteter Medien zu schicken, erfordert ein hohes Maß an Verantwortung und Erfahrung im Umgang mit diesen Medien, um zu vermeiden, dass die Betroffenen zusätzlich zu ihren großen persönlichen Problemen auch noch öffentlich vorgeführt werden oder in Aktionen hinein geraten, die für sie nicht mehr kontrollierbar sind.

Wir einigten uns darauf, dass als nächstes die verschiedenen Materialien fertig gestellt werden. Für die Fertigstellung des Infoblattes für Betroffene ist z.B. noch eine letzte Klärung zwischen der KOS und der Kampagne Agenturschluss notwendig.

2. Regelsatzerhöhung JETZT

Eingang stellte Helmut Woda in einem ersten Input fest, dass es darum gehe, einen substantiellen Fortschritt bei den Regelsätzen noch vor der Bundestagswahl 2009 durchzusetzen. Dies gehe nur gemeinsam im möglichst starken Bündnis mit weiteren Akteuren. Man wolle anlässlich der Bundestagswahlen für die Betroffenen eine spürbare Leistungserhöhung „holen“.

In ersten Gesprächen mit anderen Organisationen habe sich heraus gestellt, dass eine breite Zustimmung zur Losung des ABSP "Regelsatzerhöhung JETZT!" vorliegt, aber eine Verbesserung bei der Regelsatzberechnung bei Kindern - genauer gesagt: die Rücknahme der Kürzung gegen Schulkinder, welche mit Hartz IV gekommen sei - durchzusetzen der nächste Schritt zur Auflösung der Regelsatzblockade sein müsse.

Ein entsprechender Text, der als inhaltliche Plattform ein sehr breites Bündnis ermöglichen sollte, ist von Rainer Roth (Rhein-Main-Bündnis, Klartext e.V. und BAG-SHI) zugesagt.

Einige Punkte der anschließenden Diskussion:

- Forderung: Nichtanrechnung des Kindergeldes (die namentliche Unterstützung des ABSP für ein entsprechendes Flugblatt aus Dresden/Oberelbe wurde von den Versammelten befürwortet),
- zusätzliche Thematisierung von elternunabhängigem Bafög und Kindergrundsicherung wurde vorgeschlagen,
- Kritikpunkt: Eine Regelsatzerhöhung gebe es schon (1. Juli: 4 €). Daher solle man sich lieber Gedanken um neue Wege machen und über ein BGE nachdenken. Außerdem dürfe die gefährliche Spaltung zwischen Rentnern und ALG-II-Empfängern nicht vernachlässigt werden.

Erwiderung: Am 1. Juli fände keine Regelsatzerhöhung statt, sondern eine gesetzlich vorgesehene Regelsatzanpassung – dies müsse klar unterschieden werden.

Weiterer Exkurs hierzu: Abhängigkeit des ALG II von dem Rentenniveau. Hier fällt

auf, dass anlässlich der Bundestagswahl der Riesterfaktor ausgesetzt werde, um ihn voraussichtlich nach der Bundestagswahl wieder zu aktivieren, die Renten also quasi einzufrieren – um sie anlässlich der wiederum nächsten Bundestagswahl wieder scheinbar stärker anzuheben.

Das ABSP hält an seinen Forderungen 10 € gesetzlicher Mindestlohn, 30-Stunden-Woche und 500 € Regelsatz (repressionsfrei) und an Regelsatzerhöhung JETZT! fest. Zur schrittweisen Umsetzung und Durchsetzung dieser Forderungen sucht das ABSP ein möglichst breites Bündnis zu vereinbaren.

Helmut Woda und Edgar Schu sollen, unterstützt durch den Kokreis, die Verhandlungen mit den anderen Organisationen und Netzwerken dazu weiter führen.

3. Tarifauseinandersetzung bei ver.di und weitere Streikaktivitäten

Roland Klautke gab ein Input zu dem Thema. Es wurde deutlich, dass gewerkschaftliche Kämpfe zunehmend politischen Charakter annehmen. Ebenso steigt die Wichtigkeit der öffentlichen Unterstützung.

Es war Konsens der Versammelten, dass es richtig war, dass die Sozialproteste sich auf die Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst vorbereitet hatten.

Mit der Formulierung einer inhaltlichen Stellungnahme in Absprache mit dem Kokreis wurden Roland Klautke und Rainer Wahls beauftragt.

4. Weitere Projekte

EU-Reformvertrag

Der EU-Reformvertrag, die Wiederauflage der gescheiterten EU-Verfassung, der demnächst durch den Bundestag gepeitscht werden soll, berührt und missachtet direkt die Interessen der Erwerbslosen. Friedensgruppen wie die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), Informationsstelle Militarisierung (IMI) und AG Frieden (Trier) haben eine Mailaktion vorbereitet, die sich gegen die Militarisierung, den Abbau von Arbeitnehmerrechten und den Sozialabbau, der mit dem sogenannten Reformvertrag der EU (Vertrag von Lissabon) kommen soll, richtet. Sie haben weitere Gruppen wegen namentlicher Unterstützung angefragt und dieser Aufruf kursiert derzeit in verschiedensten politischen Gruppierungen wie attac, internationalistische Gruppen usw. Der Text, der von Tausenden Menschen mit wenigen Klicks als Massenmail an die Bundestagsabgeordneten in ihrem Wahlkreis von der Seite der DFG-VK (<http://www.dfg-vk.de>) aus ab Montag, 14. April 2008 versendbar sein wird, lag den Anwesenden vor.

Da durch die Verschlechterungen und die Verschwendung von Geld für Rüstung und Krieg, welche durch den Reformvertrag in Gang gesetzt werden sollen, die Interessen der Erwerbslosen direkt berührt sind, unterstützt das ABSP mit seinem Namen die Massenmailkampagne und fordert alle Menschen in Deutschland auf, die Seite der DFG-VK zu besuchen, um die Massenmailkampagne zu verstärken.